

Zugsverbindungen im Bodenseeraum nicht einstellen!

Utl.: LTP Dörler: Parlamentarierkommission Bodensee fasste einstimmige Resolution =

Frauenfeld/Bregenz (VLK) - Die deutsche Bundesbahn hat Inter-Regio-Zugsverbindungen im Bodenseeraum aus dem Fahrplan gestrichen; das bleibt auch für den Eisenbahnverkehr in Vorarlberg (von und in Richtung Deutschland) nicht ohne Auswirkungen. Die Parlamentarierkommission Bodensee hat deshalb heute, Freitag, in St. Katharinental (Schweiz) eine entsprechende Resolution verabschiedet. ****

LTP Manfred Dörler weist auf die Wichtigkeit dieser einstimmig gefassten Resolution hin, "die dieser Entwicklung gegensteuern und die Aufhebung dieser Streichungen bewirken soll." Bei der 14. Sitzung der Parlamentarierkommission in St. Katharinental im Kanton Thurgau (Schweiz) war das Land Vorarlberg durch Landtagspräsident Manfred Dörler, die Vizepräsidenten Fritz Amann und Günter Lampert sowie durch Landtagsabgeordnete Bernadette Mennel vertreten.

Die Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, St. Gallen, Innerrhoden, Außerrhoden, Zürich, Thurgau, Schaffhausen und Vorarlberg verfassten einstimmig die Resolution gegen die Streichung der Eisenbahnverbindungen im süddeutschen Raum. Die Bodenseeparlamentarier betonten übereinstimmend, dass "dieser Entwicklung, die auch Auswirkungen auf Vorarlberg haben würde, wirksam entgegengetreten werden müsse, um die Attraktivität des Verkehrsmittels Eisenbahn zu erhalten und wenn möglich auszubauen."

Die Resolution im Wortlaut:

Beschluss

Resolution der Parlamentarier-Kommission Bodensee

zur

Streichung von Interregio-Verbindungen im Bodenseeraum

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee hat auf ihrer 14. Sitzung am 27. Oktober 2000 in St. Katharinental/Thurgau folgende Resolution angenommen:

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee nimmt mit Besorgnis Kenntnis von der Absicht der deutschen Bahn, bereits zum Fahrplanwechsel 2001 massive Eingriffe in den Fernverkehr im Bodenseebereich durchzuführen. Sie ist der Auffassung, dass diese Pläne die bisherigen Bemühungen um einen Ausbau und eine Optimierung der NEAT-Zulaufstrecken entgegenwirken.

Mit der Streichung sämtlicher durchgehender Interregio-Verbindungen von Saarbrücken - Mannheim - Stuttgart - Ulm nach Lindau bzw. von Stuttgart über Ulm nach Lindau oder deren Kappung in Ulm wird der östliche Bodenseeraum von einem wesentlichen Teil seiner Fernverkehrsverbindungen in die Räume Ulm und Stuttgart abgeschnitten.

Dies betrifft auch in erheblichem Maße Vorarlberg und die Ostschweiz, die auf eine Weiterführung der Zugverbindungen ab Lindau in den südwest-deutschen Raum angewiesen sind.

Die Aufgabe von sechs der bisher acht Interregio-Zugpaare auf der Schwarzwaldbahn zwischen Karlsruhe und Konstanz wirkt sich schwer wiegend auf die Anbindung des westlichen Bodenseebereichs an die Rheintalschiene und die nördlichen Ballungsgebiete aus. Gleiches gilt für die Umsteigebeziehungen nach und von Stuttgart und Zürich.

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee wendet sich gegen die Abtrennung des Bodenseeraums von wesentlichen Fernverkehrsverbindungen seitens der Deutschen Bahn AG und appelliert an die Deutsche Bahn AG, zur Vermeidung unabsehbaren Schadens für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr und die davon abhängige wirtschaftliche und touristische Prosperität der gesamten Bodenseeregion von den Streichungen abzusehen.

Die Bundesregierung und der Bundesverkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland werden gebeten, gemäß ihrer politischen und rechtlichen Verantwortung auf die Deutsche

Bahn AG in diesem Sinne einzuwirken und erforderlichenfalls der Deutschen Bahn AG die entsprechende Unterstützung zu geben und Alternativen zu überlegen.

Begründung:

Falls die Streichungspläne der Deutschen Bahn AG zum Jahresfahrplanwechsel 2001 (und später 2003) verwirklicht werden, werden die Regionen außerhalb des heutigen ICE/IC Netzes in absehbarer Zeit ihre Fernverkehrsverbindungen verlieren. Für die Bodenseeregion bringt dies unabsehbare Schäden mit sich. Nicht nur der vollständige Verlust der Interregio-Verbindungen auf der Südbahn und der meisten Verbindungen auf der Schwarzwaldbahn ist bereits von der Deutschen Bahn AG beschlossen, auch die Restverbindungen auf der Schwarzwaldbahn und der ICE-T Verbindung auf der Gäubahn sind im Jahre 2003 bedroht. Vor diesem Hintergrund, der für den gesamten Bodenseebereich zu einem massiven Mobilitätsverlust führen wird und der die Bemühungen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Schienenverbindung und um weitere Optimierung der Personenfernverbindungen im Zuge der NEAT wesentlich beeinträchtigen wird, hat sich die Parlamentarier-Kommission Bodensee zur vorstehenden Resolution entschlossen.

(so/ug,nvl)

Rückfragehinweis: Landespressestelle Vorarlberg

Redaktion/Chef vom Dienst
Tel.: 05574/511-20136
Fax: 05574/511-20190
Hotline: 0664 625 56 68 oder 625 56 67
email: presse@vlr.gv.at
<http://www.vorarlberg.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0236 2000-10-27/17:30

271730 Okt 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20001027_OTS0236